

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 22. April 2024

Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik

Die Erkundung des Weltraums ist, wie die Raumfahrt, mehr als nur bloßes Staunen oder ein Spielfeld für Nerds, Wissenschaftler und Sci-Fi-Fans. Die Raumfahrt ist schon lange Motor für technologische Entwicklung und Innovationstreiber. Die Dimension Weltraum wird die Menschheit in Kürze voll in ihren Alltag integrieren und nutzen. Von der Künstlichen Intelligenz und Machine Learning über autonomes Agieren sowie Robotik sind nahezu alle Technologiefelder in der Raumfahrt vertreten.

Die Erkundung des Weltraums bietet Chancen für die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien sowie die Gewinnung neuer Ressourcen. Damit verbunden sind auch Möglichkeiten für die Ansiedlung von Hochtechnologie, die Stärkung internationaler Wettbewerbsfähigkeit sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Erkundung des Weltraums ist dadurch von gesamtgesellschaftlichem Interesse. Die Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Initiativen ist uns dabei wichtig. Wir sehen vor allem die private Raumfahrt als beste Möglichkeit zur Erkundung des Weltalls, da sie effizienter, schneller und kostengünstiger betrieben werden kann. Der Staat sollte ergänzend hierzu in den Bereichen aktiv werden, die von privaten Unternehmen nicht abgedeckt werden können. Hierzu zählen aus unserer Sicht vor allem die Bereitstellung eines geeigneten Rechtsrahmens und das Vorantreiben von Grundlagenforschung an den Universitäten und Hochschulen.

Ein neuer Rechtsrahmen für neue Welten

Ein wesentlicher Bestandteil der Regelung des Umgangs mit dem Weltall ist der internationale Weltraumvertrag von 1967. Dieser sichert den Frieden im Weltraum und klärt die Nutzung von Himmelskörpern. Dieser Vertrag braucht nach all den Jahren aber dringend ein Update. Wesentlicher Bestandteil muss weiterhin im Sinne der Friedenswahrung im Weltraum das Kernwaffenverbot bleiben sowie ein Verbot von Abschüssen von Satelliten. Die internationalen Regeln durch einen Weltraumvertrag 2.0 können und sollen durch nationale bzw. europäische Regelungen noch weiter ergänzt werden. Wir fordern daher ein Weltraumgesetz, das den Rechtsrahmen für die kommerzielle Raumfahrt absteckt, um Rechtsunsicherheit und daraus resultierende Investitions- und Innovationshemmnisse abzubauen.

Eigentumsrechte klären

Auch weiterhin soll kein Himmelskörper im Eigentum einer einzelnen Nation oder Privatperson stehen dürfen, sondern immer der gesamten Menschheit zustehen. Um den Weltraum aber wirtschaftlich und für die Forschung besser nutzbar zu machen, ist es wichtig, exklusive Nutzungsrechte für Himmelskörper oder Teile von Himmelskörpern zu vergeben. Diese Vergabe soll durch eine bei den

Vereinten Nationen (UN) angesiedelte internationale Organisation an einzelne Nationen erfolgen und über ein Ausschreibungsverfahren laufen. Neben den internationalen Regeln brauchen wir auch weitere nationale Regularien, die insbesondere die Eigentumsverhältnisse genauer definieren und dadurch Weltraumbergbau ermöglichen. Damit Unternehmen rechtssicher Rohstoffe abbauen können, müssen daher die Voraussetzungen für den Abbau und das Eigentum an den abgebauten Rohstoffen festgelegt werden. Bis zu einer erfolgreichen institutionellen Neuregelung soll der völkerrechtliche Vertrag von 1967 („Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“) hier weiterhin maßgeblich sein.

Weltraumfreiheitszonen einrichten

Wir setzen uns für die Einführung von Weltraumfreiheitszonen ein. Dort sollen NewSpace-Gründerinnen und -Gründer einfach und unbürokratisch ihr Unternehmen gründen können, indem sie mit direkter Hilfe von Beraterinnen und Beratern vor Ort unterstützt werden und von bürokratischen Pflichten soweit wie möglich befreit werden. Diese Zonen sollen auch infrastrukturell auf der Höhe der Zeit erschlossen sein. Für flächenextensive Unternehmen im Bereich „Satellite Launch“ sind unbürokratisch ausreichend Flächen zur Verfügung zu stellen. Ergänzend dazu wollen wir prüfen, ob ein Weltraumbahnhof in Deutschland für Micro-Launcher möglich ist.

Haftungsgrenzen für Raumfahrtunternehmen

Versicherungen sind für NewSpace-Unternehmen aufgrund möglicher Schäden, etwa durch den Absturz von Satelliten, bei unbeschränkter Haftung nicht finanzierbar. Um die Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien zu unterstützen, müssen daher Haftungsgrenzen eingeführt werden.

Verkehrsregeln im All

Tausende Satelliten umkreisen unseren Planeten. Um Zwischenfälle zu vermeiden, ist es daher unumgänglich, dass internationale Verkehrsregeln für Satelliten eingeführt werden. Dabei muss insbesondere auch geklärt werden, wie bei weiterer Verdichtung die möglichen Umlaufbahnen zwischen den Betreibern der Satelliten aufgeteilt werden können.

Europäischen Zugang schaffen

Die USA, Russland, China und Indien haben eigene Zugänge zum All. Daher muss die Europäische Union nachziehen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und bei eigenen Projekten und Missionen nicht auf andere Staaten angewiesen zu sein. Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den massiven Menschenrechtsverletzungen Chinas ist das „Friedensprojekt“ einer Kooperation im Weltall gescheitert. Es muss mittelfristig eine Unabhängigkeit von russischer und chinesischer Zusammenarbeit erreicht werden. Dafür soll das Raumfahrtzentrum Guayana entsprechend weiterentwickelt und direkt der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) unterstellt werden. Auch privaten Unternehmen wollen wir die Möglichkeit geben, dort Starts durchzuführen.

Weltraumforschung vorantreiben

Wir brauchen eine dauerhafte, planbare und ausreichende Finanzierung der ESA. Als ersten Schritt soll Deutschland seine Mittel für die ESA aufstocken und in den Finanzierungsrunden alle Partner auffordern, dies ebenfalls zu tun. Ebenso muss die Europäische Union in ihrem Haushalt mehr Mittel für die ESA bereitstellen. Unser Ziel ist es, dass die ESA finanziell mit der NASA mithalten kann. Außerdem müssen jetzt die Weichen gestellt werden für ein Nachfolgeprogramm der ISS. Die Europäische Union muss sich hier proaktiv einbringen.

Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und dem privaten Sektor ist für uns besonders wichtig, wobei wir uns auch für die Ausweitung der Grundlagenforschung einsetzen. Daher sehen wir vor allem Standorte als geeignet an, an denen man zusammen mit ansässigen Luft- und Raumfahrtunternehmen forschen kann. Zudem wollen wir auch im Bereich Nachhaltigkeit in der Raumfahrt Forschungsprojekte anstoßen.

Die deutsche Raumfahrtindustrie braucht eine eigene Satellitenstation, auf der kleine, mittlere und große Raumfahrtzulieferer ihre Komponenten testen können, um ihre hochwertige Technologie erproben und als „flugtauglich“ zertifizieren zu können. Nur mit schneller und regelmäßiger Qualifikation von Innovation kommen wir auf dem wirtschaftlich vielversprechenden NewSpace-Markt voran.

Wir wollen die Erforschung der Überlebenssysteme im All deutlich ausweiten. Forschungsprojekte wie „Mars One“ bilden dabei den Anfang, müssen in ihrer Intensität aber deutlich erhöht werden. Bei Forschungsprojekten sollen insbesondere Grundfitness, Sozialkompetenz und medizinische Versorgung berücksichtigt werden. Wir befürworten außerdem die Devise „Wissen vor Tool“, was bei der Ausbildung von Astronautinnen und Astronauten berücksichtigt werden soll.

Unterstützung des privaten Sektors

Der Weltraum entwickelt sich zudem mehr und mehr vom Forschungsraum zum Wirtschaftsraum. Nachdem die Raumfahrt zu Beginn aus Kostengründen eine ausschließlich staatlich orchestrierte Wirtschaft war, wird das Weltall mittlerweile zunehmend von privaten Unternehmen befahren. Immer mehr private Unternehmen entstehen in der NewSpace-Economy. Wir wollen diese Unternehmen unterstützen und ihnen die besten Startvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten in Deutschland bieten. Die voranschreitende Kommerzialisierung der Raumfahrt ist daher ein wichtiger Schritt und ähnlich wie bei der Luftfahrt zu begrüßen. Wir wollen deshalb, dass die ESA – wie es die NASA bereits tut – vermehrt Aufträge an private Unternehmen vergibt, statt Projekte ausschließlich in Eigenregie durchzuführen. Wichtig ist, dass Produkte von privaten Anbietern dabei stets im Einklang und unter Aufsicht der ESA entwickelt und produziert werden, sodass mehr Verantwortung auf Unternehmen übertragen wird, statt Mikromanagement vom Staat zu betreiben. Zudem ist darauf zu achten, im Sinne des Wettbewerbs und der Ausfallsicherheit, stets mit mehreren Unternehmen aus der Privatwirtschaft zusammenzuarbeiten. Daneben begrüßen wir aber selbstverständlich auch rein privatwirtschaftliche Initiativen.

Wagniskapital ermöglichen

Auch deutsche Unternehmen müssen künftig von Wagniskapital in der Raumfahrtbranche profitieren. Hierfür fordern wir die Einführung eines Venture-Capital-Gesetzes, in dem unter anderem die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung von Wagniskapitalverlusten, die steuerliche Gleichstellung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalfinanzierung und der Erhalt von Verlustvorträgen geregelt wird. Ebenso ist die Ausweitung von KfW-Darlehen und ungebundenen Finanzkrediten auf die NewSpace-Branche notwendig, wie auch die Etablierung eines eigenen Index.

Behördliche Schranken abbauen

Wir wollen NewSpace-Unternehmen beflügeln und nicht bremsen. Dafür sollen für neue Technologien behördliche Genehmigungsprozesse durch unbürokratische Anmeldung und zeitnahe Bearbeitung beschleunigt und Sicherheitsanforderungen auf ein notwendiges Maß verringert werden.

Vermeidung von Weltraumschrott

Zur Vermeidung von Weltraumschrott müssen alle Beteiligten in die Pflicht genommen werden. Hierfür wollen wir zukünftig ein Space-Debris-Trade-System (kurz SDTS) einführen, wonach man für jedes Kilogramm Müll im Weltall einen Vermüllungsschein benötigt. Um den Weltraumschrott zu begrenzen, soll eine maximal zulässige Weltraumvermüllung festgelegt werden. Dieser Deckel muss sich danach bemessen, was Wissenschaftler und Ingenieure als eine zulässige Höchstmenge für ein immer noch kontrollierbares Risiko für Kollisionen mit dem Müll ansehen. Das SDTS-Zertifikat muss dabei bereits beim Starten der Satelliten bereitgehalten werden, um so den potenziellen Müll jederzeit abdecken zu können. Wird Weltraummüll abtransportiert, werden in gleicher Menge neue Zertifikate für den Müllbeseitiger geschaffen. Zertifikate und die Entwicklung von neuen Produkten zur Beseitigung von Weltraumschrott reichen schon jetzt nicht aus. Weltraummüll muss daher durchgehend analysiert und katalogisiert werden und ein Weltraumlagebild geschaffen werden. So kann schon jetzt Schutz für Mensch und Technik geschaffen werden.

Zurück zum Mond mit dem Weltraumlift

Der Mond rückt wieder immer mehr in den Fokus von Raumfahrtprogrammen, da er potenziell eine Zwischenstation zum Mars darstellen kann. Europa und Deutschland müssen sich daher bei Projekten wie „Lunar Gateway“ aktiv einzubringen. Ziel sollte es dennoch sein, dass die ESA die Möglichkeiten schafft, selber Menschen zum Mond und in seine Umlaufbahn zu bringen.

Ein Weltraumfahrstuhl ist eine wirtschaftlich und ökologisch extrem effektive Methode, um Objekte in die Erdumlaufbahn zu bringen. Die Errichtung eines solchen darf deswegen keine Zukunftsmusik mehr sein und sollte konkret mit Plänen durch die ESA unterfüttert werden.

Auf zum Mars – Eine Machtdemonstration der freien Welt!

Der Mensch hat stets danach gestrebt, die Grenzen der eigenen Welt zu überschreiten. Nach einer Rückkehr zum Mond ist eine bemannte Marsmission deshalb der nächste logische Schritt in der Geschichte des Menschen. Dies erfordert vielfach neue Technologien, deren Erforschung ungeahnte

Fortschritte für die gesamte Menschheit bedeuten kann. Wir wollen, dass die freie Welt den ersten Schritt auf dem roten Planeten macht und damit die Überlegenheit von Freiheit und Demokratie demonstriert. Deshalb fordern wir eine gemeinsame bemannte Marsmission unter Federführung der ESA, JAXA und NASA, der sich die Weltraumagenturen weiterer freiheitlicher Staaten anschließen können. Eine weitere Kooperation mit Roskosmos unter einer autoritären Führung in Russland ist für uns ausgeschlossen.